

Antrag Nr. 21-F-20-0031

Grüne und SPD

Betreff:

Industriebeirat für Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

Antragstext:

Mit ihren vielfältigen Produkten und Innovationen übernehmen die örtlichen Industrieunternehmen eine unersetzliche Funktion als Wohlstandsmotor und sind entscheidende Säulen für Wertschöpfung, Beschäftigung sowie gesellschaftlicher Wandel. Mit einer aktiven Industriepolitik muss sich die Landeshauptstadt Wiesbaden dafür einsetzen, dass der industrielle Kern nachhaltig gestärkt wird und die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Industrie geschaffen wird. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören die klassischen Standortfaktoren, aber auch weitere Faktoren, wie eine Austauschplattform zwischen Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften, Kammern und Hochschulen.

Mit dem Industrienetzwerk/-beirat soll gemeinsam mit zahlreichen Partner*innen der Industriestandort Wiesbaden gestärkt werden. Eine Erfolgsgeschichte schreibt der Beirat Industrie in Frankfurt, dem unter anderem Vertreter von Industrieunternehmen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften angehören. Wir halten dies für den richtigen Weg, um städtische Wirtschaftspolitik im Interesse der Stadtgesellschaft fortzuentwickeln und gute Perspektiven für wirtschaftliche Prosperität und positive Beschäftigungsentwicklung zu schaffen. Nur gemeinsam und vereint können die zukünftigen Herausforderungen gemeistert werden.

Wie Bürgermeister und Wirtschaftsdezernent Dr. Oliver Franz am 14.09.21 ankündigte, wird sich der Wiesbadener Industriebeirat am 06. Oktober offiziell konstituieren.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie weit ist die konzeptionelle Ausgestaltung des Wiesbadener Industrienetzwerkes bislang gediehen?
2. Welche Personen/Unternehmen sind beteiligt?
3. Sofern es zutrifft, dass die Unternehmensvertreter weiterhin eine Beteiligung der Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Hochschulen an dem Beirat ablehnen: Welche Bemühungen wurden seitens des zuständigen Dezernenten unternommen, um den Anspruch eines breiteren Netzwerkes gleichwohl zur Geltung zu bringen?

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten,

1. mit Nachdruck den Anspruch eines breit aufgestellten Netzwerkes, das unterschiedliche industrierelevante Akteure wie Gewerkschaften, Kammern und Hochschulen einbezieht, zu verfolgen.
2. mit den bislang beteiligten Unternehmensvertreter den Dialog zu suchen, um sie für diese Idee zu gewinnen und sie von den Vorteilen zu überzeugen.
3. dem Ausschuss über die Ergebnisse dieser Gespräche zeitnah zu berichten.

Antrag Nr. 21-F-20-0031
Grüne und SPD

Wiesbaden, 15.09.2021

Aman Yoseph
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
(SPD-Fraktion)

Gesine Bonnet
Fachsprecherin
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Jan Stebler
Fraktionsreferent
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)